

Pressemitteilung

Acht sozialwirtschaftliche Organisationen warnen vor drohenden Einschnitten: Sozialreformen gefährden Teilhabe und Versorgung vor Ort

Die von Bund und Ländern diskutierten Kürzungen im Sozialbereich greifen tief in gesetzliche Unterstützungsansprüche ein und treffen die Versorgung von Kindern, Menschen mit Behinderungen, Pflegebedürftigen und deren Familien hart. Acht Organisationen aus dem Landkreis Harburg wenden sich an die Politik – mit dem deutlichen Appell, die Kürzungspläne kritisch zu überprüfen und die verlässliche Versorgung dieser Menschen nicht zu gefährden.

Gravierende Folgen für alle Beteiligten

Die geplanten Kürzungen greifen nicht nur in die grundlegenden Rechte und gesetzlich verankerten Ansprüche an Teilhabe, Selbstbestimmung, Wahlfreiheit ein. Sie verhindern auch den Schutz vor langfristigen Folgekosten, ausgelöst durch krisenhafte Verläufe, stationäre Unterbringungen oder langfristige Abhängigkeiten.

„Wir fordern dialogorientierte und fachlich fundierte Lösungen anstelle pauschaler Kürzungen. Wahlrechte und notwendige Hilfeleistungen für Menschen mit Unterstützungsbedarf dürfen keinesfalls eingeschränkt werden. Eine leistungsfähige soziale Infrastruktur ist auch Voraussetzung für gesellschaftlichen Zusammenhalt,“ so Lars Finck, Geschäftsführer bei NISA e.V.

Die geplanten Einschnitte treffen konkrete Strukturen vor Ort: Einrichtungen, Dienste und vor allem die Fachkräfte, die täglich verlässliche Unterstützung leisten.

Die geplanten Kürzungen prallen auf Kostensteigerungen infolge von Tarifierhöhungen, Inflation und gestiegenen Unterstützungsbedarfen. Das Sparpaket gefährdet Arbeitsplätze, verschärft den Fachkräftemangel und destabilisiert leistungsfähige Versorgungsstrukturen.

Entfernt von der Realität

Die aktuellen Debatten gehen daher aus Sicht der beteiligten Organisationen an der Realität in Schulen, Pflegeeinrichtungen und Eingliederungshilfe vorbei. Erhebliches Potenzial liege in effizienteren Verfahren und in innovativen Unterstützungsformen. Diese müssen jedoch aus den bestehenden Strukturen heraus entwickelt werden – im Dialog mit Praxis, Betroffenen und Fachwelt.

„Es braucht einen spürbaren Bürokratieabbau, der die Leistungserbringung erleichtert und Ressourcen konsequent in die direkte Unterstützung lenkt. Effizienz, Weiterentwicklung und neue Ansätze sind notwendig,“ unterstreicht Nikolaus Lemberg,



Geschäftsführer der Interessengemeinschaft e.V. (InGe) die Bereitschaft für Reformen. „Was wir jedoch entschieden ablehnen, sind konzeptlose Kürzungen, die fachliche Standards unterlaufen und bewährte Leistungen, etwa die individuelle Schullasistenz, pauschal in Frage stellen.“

Diese Mitteilung wird unterstützt von der Lebenshilfe Lüneburg-Harburg gGmbH, dem Sozialkontor gGmbH, der LeA Neu Wulmstorf gGmbH, der Reso Fabrik gGmbH, der HiPsy gGmbH, dem Paritätischen Landkreis Harburg, NISA e.V. sowie InGe e.V.; in den beteiligten Organisationen der örtlichen Daseinsvorsorge arbeiten rund 2.600 Menschen, die gemeinsam etwa 5.800 Menschen versorgen.

Für persönliche Einschätzung und spezifische Schilderungen aus den unterschiedlichen Versorgungsbereichen stehen die beteiligten Organisationen gern zur Verfügung.